

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P. XVIII, 232

Bonn, den 5. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Zweimal Deutsche Politik in Paris ----- Gaullisten bestätigen nicht Erhard's Optimismus	42
2	Vor 15 Jahren ----- UNO verkündete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	48
3	"Aktion Deutsch-Französische Freundschaft" ----- Keine "unabhängige und überparteiliche Vereinigung" Von Dr. Erhard Eppler, MdB	42
4 - 5	Sorgen um Freizeitgestaltung auch im Ostblock ----- Riesiges Erholungsgebiet rund um Moskau vorgesehen Von Rudolf Hornig	66
5 - 6	Italien hat wieder eine Regierung ----- Kompromisse und Unabwägbarkeiten bestimmen das Bild Von Alexander Kohn-Brendenburg	62

-----  
Chefredakteur Günter Markscheffel

## Zweimal deutsche Politik in Paris

### Gaullisten bestätigen nicht Erhards Optimismus

sp - Als Bundeskanzler Erhard kürzlich von seinem ersten Kanzlerbesuch in Paris zurückkehrte, verkündete er in zahlreichen Interviews, Fernseh- und Rundfunksendungen, zwischen ihm und Staatspräsident de Gaulle sei alles in bester Ordnung. Man habe sich ausgezeichnet verstanden und die kleinen Meinungsverschiedenheiten, die hier und dort noch festzustellen seien, könnten bei ruhiger Betrachtung der Dinge leicht aus der Welt geschaffen werden. Kanzler Erhard strahlte, als er solch gute Kunde zum besten gab, nur Optimismus aus.

Jetzt erfährt man aus Paris, Bundesaussechminister Dr. Schröder habe in der parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) in den wichtigsten Fragen der internationalen Politik einen diametral entgegengesetzten Standpunkt zur gaullistischen Haltung eingenommen. Nicht wenige Zeitungen berichteten unmißverständlich, daß Schröders Rede auch nicht einen Punkt enthielt, der die Zustimmung der gaullistischen Parlamentarier gefunden hätte.

Dabei muß man wissen, daß die Franzosen in der WEU nicht irgendwelche wenig bekannte Politiker vorgeschickt hatten, sondern den Staatssekretär des Aussechministeriums, Habib-Deboncle. In Paris ist aber hinreichend bekannt, daß Habib-Deboncle die offizielle französische Politik darlegte, was gleichbedeutend mit einer Absage de Gaulles an bestimmte Vorstellungen sein dürfte, die man im Bonner Auswärtigen Amt hegen mag.

Nun ist es nicht schlimm, wenn man sich unter Freunden offen die Meinung sagt. Trotzdem muß die Frage gestellt werden, ob der Bundeskanzler bei seinen Gesprächen mit de Gaulle, die angeblich eine so große Übereinstimmung gebracht hatten, die von ihm selbst bestimmten Richtlinien der deutschen Politik vertreten hat oder ob der Aussechminister das deutsche Konzept vortrug. Irgendwie paßt das alles nicht zusammen. Entweder hat Bundeskanzler Erhard nach seiner Rückkehr aus Paris der deutschen Öffentlichkeit nicht ganz klaren Wein eingeschenkt oder er hat die Bedeutung dessen, was man ihm in Paris sagte, mißverstanden. Auch umgekehrt kann man die Frage stellen. Vielleicht hat es der Bonner Aussechminister für notwendig gehalten, in der WEU-Versammlung klarzustellen, was bei dem Gespräch zwischen de Gaulle und Erhard nicht geklärt werden konnte.

Ganz gleich jedoch, wie man die Frage stellen mag - schön ist die ganze Sache nicht! Wenn in so kurzem Abstand voneinander bei Gesprächen unter Freunden derartig unterschiedliche Auffassungen zutage treten, dann stimmt etwas nicht.

Vor 15 Jahren !

UNO verkündete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

D.B. - Am 10. Dezember 1948 - vor 15 Jahren - genehmigte und verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Einer vom zweiten Weltkrieg erschütterten und verwüsteten Welt sollten damit Maßstäbe für eine neue Ordnung gesetzt werden - eine Ordnung, die Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden für jeden gewährleistet. In 30 Artikeln wurden die Grundrechte des Menschen weltweit garantiert. Von der Gleichheit vor dem Gesetz über die Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit bis zum Recht auf Bildung spannt sich der Bogen. "Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person." So lautet der erste Artikel der Erklärung.

Es wäre falsch, diesen Jahrestag als Anlaß für einen historisierenden Rückblick zu nehmen. Und genau so falsch wäre die nur resignierende Feststellung, daß die Verhältnisse die Verwirklichung der Menschenrechte bisher nicht erlaubten. Wir machen die bittere Erfahrung, daß die Grundfreiheiten täglich mit Füßen getreten werden - in Berlin, an der Zonengrenze, in Leipzig oder wo immer in der Zone. Wir wissen, daß das Recht auf Freiheit und auf Sicherheit, ja selbst auf das Leben, im Ostblock ständig bedroht und ständig gebrochen wird.

War sollten wir uns den Blick nicht verstellen lassen. Ähnliches und selbst gleiches geschieht in Angola, in Südafrika, in Vietnam und in manchen lateinamerikanischen Staat. Auch das geht uns unmittelbar an, wenn das Wort von der freien Welt nicht zur Farce werden soll. Die Unterdrückung der Menschenrechte in Spanien oder der Algerienkrieg sind und waren schließlich unsere ureigene Sache.

Die Menschenrechte haben ihrer Substanz nach Eingang in unser Grundgesetz gefunden; unsere Gerichte wachen sorgfältig über ihre Beachtung. Die Bundesrepublik trat bereits 1950 der europäischen Konvention zum Schutze dieser Menschenrechte und der Grundfreiheiten bei. Zwei Jahre später wurde die Konvention innerdeutsches Recht. Nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus sind wir besonders empfindlich geworden gegen Willkür und Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit. Die Rolle des Anklägers steht uns dennoch kaum zu; wohl aber können wir davor warnen, was wir im eigenen Lande zwölf Jahre lang furchtbar erlebten.

Daß die Welt durch die Deklaration der Menschenrechte vollkommen würde, hat niemand erwartet. Doch damit sind erstmals weltweite Maßstäbe gesetzt, an denen gemessen zu werden jeder Staat sich wird gefallen lassen müssen. Das bedeutet mehr als eine vage Hoffnung; wir stehen vielmehr vor der konkreten Aufgabe, uns stets für die Verwirklichung der Rechte aller Menschen einzusetzen.

Die Sozialdemokratie kann mit Stolz dieses Tages gedenken. Die Traditionen der französischen Revolution und der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, beides Quellen der Deklaration der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, fanden seit hundert Jahren Eingang in ihre Reihen und waren hier fest verwurzelt. Sozialdemokraten haben diesen Ideen Opfer bringen müssen und sie haben selbst noch unter der Diktatur dem Unrechtsstaat widerstanden. Ihr Beitrag bleibt unvergessen, da er darauf zielte, die Menschenrechte zum Weltprinzip zu erheben.

+ + +

"Aktion Deutsch-Französische Freundschaft"

Von Dr. Erhard Eppler, MdB

Am 7. September wurde in Schwäbisch Gmünd eine "unabhängige und überparteiliche Vereinigung" gegründet, die den Namen "Aktion Deutsch-Französische Freundschaft" erhielt. Die "Überparteilichkeit" wurde dadurch bewiesen, daß außer prominenten Politikern der CDU (Dr. Gerstenmaier, Dr. Filbinger, Schüttler, J.E. Dufhues) auch einer der CSU (Baron von Guttenberg) in das sogenannte Kuratorium berufen wurde. In einem neuen Rundbrief geht man auf diesem neuartigen Weg des Parteienproporzgeradlinig weiter, indem man die Mitglieder des Kuratoriums um Zustimmung zur Kooption von Frau Dr. Schwarzhaupt (CDU) und Dr. Hundhammer (CSU) ersucht. Da solche Entscheidungen (laut Rundbrief des geschäftsführenden Vorstandes) als getroffen gelten, wenn binnen 14 Tagen nicht die Hälfte der Kuratoriumsmitglieder Einspruch erhebt, dürfen sich Hindernisse kaum ergeben.

Nachdem Staatssekretär C a r s t e n s in der Fragestunde des Bundestages am 6. November erklärt hatte, der Gründer Aktion seien keine Bundesmittel zugesagt worden, wollte die SPD in der Fragestunde am 14. November erfahren, ob der Bericht über die Gründung der Aktion im BULLETIN vom 10. September im Einvernehmen mit dem Familienminister veröffentlicht wurde. In der Antwort auf verschiedene Zusatzfragen mußte Staatssekretär von Hase zugeben, daß einige illustre Namen zwar als Mitglieder des Kuratoriums aufgezählt wurden, ihre "leiblichen Träger" bei der Gründungsversammlung allerdings nicht anwesend gewesen seien.

Wörtlich:

- \* "Die Veranstalter haben eine sehr rührige Publikuskampagne
- \* entwickelt. Ich glaube, ich habe klargemacht, daß die Er-
- \* wartungen dem nachher nicht ganz entsprechen haben." Und:
- \* "Die Prüfungspflicht und das Bemühen um Aktualität steht
- \* oft - wie ihnen auch sicher bekannt ist - in einem gewis-
- \* sen Wettstreit miteinander. Wären wir hier in eine sorg-
- \* fältige Prüfung eingetreten, wäre der Artikel im BULLETIN
- \* nicht erschienen."

In dem zitierten Rundbrief vom November werden nun große Pläne entwickelt, die Herrn von Hase Lügen zu strafen scheinen. Unter "Sonstiges" werden die Mitglieder gefragt, ob sie sich "an den deutsch-französischen Tagen kurz vor der Landtagswahl im März und April in Schwäbisch Gmünd teilnehmen werden". Solche schöne Offenheit ehrt; aber sie ändert nichts an dem politischen Ergebnis.

Was in aller Welt hat die deutsch-französische Freundschaft mit der Landtagswahl in Baden-Württemberg zu tun? Hat der Bundestag nahezu einstimmig den deutsch-französischen Vertrag ratifiziert, damit nachher irgend jemand sein parteipolitisches Süppchen kocht? Kann man dieser Freundschaft schlimmeren Schaden zufügen als dadurch, daß man ihr einen parteipolitischen Anstrich gibt?

Sorgen um Freizeitgestaltung auch in Ostblock

Riesiges Erholungsgebiet rund um Moskau vorgesch.

Von Rudolf Hornig

Das Wort "Rekreation" wird in den Ostblockstaaten mehr oder minder großgeschrieben, obwohl es nichts anderes als Erholung bedeutet. Da gibt es besondere "Rekreations-Urlaube" der Betriebe und seit einiger Zeit auch der Kolchosen und Staatsgüter (pro Betrieb und Kolchosa eine bestimmte Anzahl jährlich), es werden "Gebiete für die Rekreation" geschaffen und in manchen Großbetrieben hat man für die Nachtschichten kurze "Rekreationsaufenthalte" in Räumen mit verschiedener klinischer Apparaturen eingerichtet. Dagegen sind die Arbeitspreussen mit "Rekreativsport" (Deutsch: Ausgleichsübungen) nicht sehr gefragt. Schwierigkeiten hat man auch damit, den Großstädtern eine "angemessene Rekreation" in der unmittelbaren Umgebung der Städte zu verschaffen, weil sich, vor allem in der Sowjetunion, bisher niemand darum gekümmert hat, daß diese nähere Umgebung für eine Erholung geeignet ist.

Das Vorbild

Die ständige Zunahme der Bevölkerung in der sowjetischen Hauptstadt zwingt nicht nur zum Bau neuer Wohnviertel und Siedlungen, sondern hat auch die Frage: "Wohin mit den Menschenmassen zum Wochenende?" brennend gemacht. Die Kulturparks sind überfüllt, Fahrten an die Peripherie der Stadt lehnen sich nicht, weil man dort außer etwas besserer Landluft nichts Erholendes, sondern nur Trostlosigkeit findet. Da man jetzt dabei ist, einen neuen Stadt- und Bebauungsplan für Moskau in die Tat umzusetzen, so soll auch die Schaffung eines - natürlich grenzübergreifenden - Erholungsgürtels um die Stadt an die Reihe kommen. Sportplätze und Strandbäder an der Moskwa genügen nicht mehr; man hat den Wald entdeckt und bereits mit der Schaffung eines Wald-Gürtels begonnen. Wesentlichen unterscheidet sich dieses Vorhaben durchaus nicht von ähnlichen Maßnahmen in der Umgebung vieler westlicher Großstädte, aber für den Ostblock ist alles, was in Moskau geschieht auf alle Fälle "bahnbrechend" oder zumindest "singulär".

Groß-Pension verdrängt die Datscha

In den letzten Jahren sind in der Umgebung von Moskau viele der Datscha genannten kleinen Landhäuser entstanden; man hat ihrer Bau sogar offiziell gefördert. Die bekannteste Datscha gehört Chruschtschow. Die meisten dieser Landhäuser sind jedoch klein und primitiv. Es lohnt sich nicht, sie mit Licht- und Wasseranschluß zu versorgen, weil sie bestenfalls drei Monate im Jahr benutzt werden. Chruschtschow selbst hat angeregt, an Stelle solcher einzelnen Datschas große Erholungspensionen auf genossenschaftlicher Basis zu schaffen. Jedes Mitglied dieser Erholungsgenossenschaft hätte dann das Anrecht auf einen Aufenthalt zum Wochenende oder auch während des Urlaubs in einer der Groß-Pensionen. Außerdem spart der Staat natürlich Geld ...

Der Plan mit dieser Genossenschaft wird ernst genommen und der Moskauer Stadtsowjet hat bereits die ersten Vorarbeiten durchgeführt. Die bisher gebauten Datschas sollen allerdings stehen bleiben. Gewissermaßen in einem Sondergebiet. Chruschtschows Datscha steht ohnehin in einem dieser "Sondergebiete".

### Plan wie immer "gigantisch"

In dem bewaldeten oder aufzuforstenden Grüngürtel um Moskau sollen Pensionen, Zeltstädte sowie besondere Gebiete für Wandern und Touristik, Fischfang und Jagd errichtet werden. Von der Größenordnung dieser Pensionen gibt die erste Hotel-Pension an der Talsperre von Kijazmink eine Vorstellung, die bereits eröffnet wurde: sie kann 3.000 Gäste während des Sommers an den Wochenenden unterbringen und die gleiche Zahl beköstigen. Man will noch größere Pensionen bauen, die vor allem an den Wochenenden den Massen der lufthungrigen Moskauer nicht nur Speisen, sondern auch Unterhaltung bieten sollen. Daß es sich dabei um wahre Massen handelt, geht aus dem Plan für die Schaffung schneller Verkehrsverbindungen hervor.

### 2 Millionen unterwegs ...

Der Grüngürtel um Moskau soll nach seinem Ausbau in der Lage sein, zum Wochenende zwei Millionen Stadtbewohner aufzunehmen. Davon werden 1,25 Millionen mit der Bahn und 250.000 mit Bussen befördert; jedenfalls laut Plan. Die Schnellbahnstrecken müssen allerdings noch gebaut werden. Desgleichen die dann benötigten Loks, Waggons und Busse, sowie die Straßen. Die entsprechenden Industriezweige in den Satellitenländern, so vor allem in der Sowjetzone, Polen und in der Tschechoslowakei, werden demnach auf Jahre hinaus mit Aufträgen zu rechnen haben. Als Beihilfe dafür, daß "Moskau ein Vorbild schaffen" kann.

+ + +

### Italien hat wieder eine Regierung

Kompromisse und Unabwägbarkeiten bestimmen das Bild  
Von Alexander Kohn-Brandenburg

Nach einjähriger Krise hat Italien endlich wieder eine handlungsfähige Regierung erhalten. Fanfanis erstes Kabinett der "linken Mitte", in der neben Christdemokraten, Sozialdemokraten auch Republikaner saßen, regierte im ersten halben Jahr mit der parlamentarischen Unterstützung der Nenni-Sozialisten. Unter dem Druck der Rechten und der Mitte der Democrazia Cristiana mußte im November 1962 die Zusammenarbeit mit den Sozialisten aufgegeben werden. Von da an war die Regierung Fanfani handlungsunfähig und hatte nur noch die einzige Aufgabe, die Parlamentswahlen im April 1963 vorzubereiten, die dann das Land in eine unvorstellbare Verwirrung gestürzt haben.

Moros erster Versuch, nach den Wahlen ein "echtes" Kabinett der linken Mitte zu bilden, scheiterte kurz vor dem Abschluß der Verhandlungen, obwohl der Generalsekretär der Democrazia Cristiana den Nenni-Sozialisten weit entgegengekommen war. Die daraufhin berufene Regierung unter Führung des bei allen Parteien hohes Ansehen genießenden Kammerpräsidenten Leone empfand sich selbst als Lückenbüsser, war zweckgebunden und zeitlich befristet. Dieses Kabinett sollte nur für die dringende Fertigstellung des Staatshaushaltes für 1963, 64 Sorge tragen. Es trat am 5. November zurück. Die zweite Beauftragung Moros verzögerte sich; einmal deshalb, weil innerhalb der Gruppen der Demo-

in der Democrazia Cristiana starke Spannungen bestanden und weil Staatspräsident Segni erst nach einigem Zögern Moro berief. Segni war nie ein Freund der Devise "Öffnung nach links" gewesen, weil er fürchtete, sie könne zu weit nach links, bis zur Volksfront führen. Moro hat dann vier Wochen geduldig verhandelt. Unvereinbare Positionen standen hart gegeneinander, sie wurden zu weichen, unklaren Kompromissen aufgelöst. Das Regierungsprogramm ist daher auch reichlich verschwommen ausgefallen.

Die Verhandlungen haben gezeigt, wie tief die Risse in der Democrazia Cristiana und in der Sozialistischen Partei schon sind. In beiden Parteien haben Abgeordnete ganz offen Stellung gegen ihre Parteileitungen bezogen und angekündigt, daß sie im Parlament gegen die Regierung stimmen würden. Ob das nur Errohungen sind, läßt sich heute noch nicht übersehen, man kann aber annehmen, daß 20 bis 25 Sozialisten und vielleicht 10 Abgeordnete der Christdemokraten entweder sich der Stimme enthalten, oder gegen die Regierung stimmen werden. Die Koalition hätte in diesem Falle immer noch eine tragfähige Mehrheit von etwa 350 Abgeordneten (bei insgesamt 630) und 191 Senatoren (315).

Für die Sozialisten würde eine solche Kraftprobe wahrscheinlich zur Abspaltung des linken Flügels führen. Nicht wenige Mitglieder der Sozialistischen Partei würden eine solche Entwicklung begrüßen, weil sie den Zusammenschluß der Linkssozialisten und der Sozialdemokraten einleiten könnte.

Härter noch als der Kampf um die Positionen war der um die Personen. Mit der Schwäche der erzielten Kompromisse war es noch wichtiger geworden, wer Minister wurde. Bis zum letzten Augenblick waren zwei Persönlichkeiten hart umkämpft: Verteidigungsminister Andreotti und Budgetminister Giolitti. Andreotti gehört zur Rechten der Democrazia Cristiana und hat bei jeder Gelegenheit, die sich bot, Italiens Treue zur NATO bestätigt. Giolitti wird mangelnde Erfahrung vorgeworfen. Er ist von Lombardi vorgeschoben worden und gilt als dessen Strohmann im wichtigen Budgetministerium. Beruhigend ist, daß die wichtigsten Ministerien in der Hand besonnener Männer sind, die vier ehemaligen Generalsekretäre der Koalitionsparteien Moro, Ferni, Saragat und Resale gelten als gutes Gespann. Allerdings verlieren sie einen Teil ihres Einflusses in den Parteiapparaten, was sich bei Moro und Ferni verhängnisvoll auswirken könnte.

Besorgniserrregend ist, daß drei der profiliertesten Vertreter der linken Mitte nicht in der Regierung vertreten sind. Fanfani, Lombardi und La Malfa. Sie wollen sich lieber der Parteilarbeit widmen. Man spricht heute schon von ihnen als einem "Schattenkabinett", das der Regierung noch viel zu schaffen machen könnte.